

Demonstrationswelle in der Türkei

Erdoğan hat den Zenit seiner Macht überschritten

Günter Seufert

In 79 von 81 Provinzhauptstädten der Türkei demonstrierten in den letzten Wochen insgesamt 2,5 Millionen Menschen gegen den türkischen Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan. Doch Erdoğan ist auch der Ministerpräsident, der wie kein zweiter in der 90-jährigen Geschichte der Republik Türkei Rückhalt in der Bevölkerung genießt. Seit der Einführung des Mehrparteiensystems 1946 ist es seine Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), die das Land bisher am längsten ununterbrochen allein regiert hat, und sie kann sich begründete Hoffnungen machen, auch aus den nächsten Wahlen als stärkste politische Kraft hervorzugehen. Was verrät diese Konstellation von extremer Gegnerschaft zu Erdoğan bei gleichzeitiger außergewöhnlich starker Unterstützung für ihn über die politische Struktur der Türkei? Und welche Folgen hat Erdoğan's unduldsame Reaktion auf die Proteste für seine Zukunft und die seiner Partei?

Die Demonstrationen begannen als Besetzung eines zentralen Parks in Istanbul. Überwiegend junge Leute wandten sich gegen Pläne, diesen mit der Nachbildung einer spätosmanischen Kaserne zu bebauen. Ein nächtlicher, äußerst brutaler Polizeieinsatz führte zur spontanen Solidarisierung von Zehntausenden. Via Ankara, Izmir und Adana breitete sich die Protestwelle innerhalb weniger Tage über das ganze Land aus.

Auch wenn Erdoğan schnell zum Hauptziel der Proteste wurde, waren es drei zentrale Erfolge seiner Politik, die Demonstrationen überhaupt erst ermöglichten: die Zurückdrängung des Militärs im politischen Geschehen der Türkei, der nun schon vier Monate währende Waffenstillstand mit der

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und das seit zehn Jahren anhaltende hohe Wirtschaftswachstum. Während der Vorherrschaft des Militärs war jede Art von Protest lebensgefährlich. Ebenso wie der Machtkampf zwischen der Regierung und den Streitkräften hatte auch der Krieg gegen die PKK sämtliche anderen Konflikte in den Hintergrund gedrängt. Erst die vorläufige Ruhe an beiden Fronten erlaubte es, neue politische Anliegen zu verfolgen, und gab der Entwicklung ziviler Protestformen Raum. Der wirtschaftliche Aufschwung der Türkei und das damit einhergehende Anwachsen auch der säkularen Mittelschichten brachten eine gut ausgebildete und international vernetzte junge Generation hervor. Ihre Angehörigen treten heute dem Minister-

präsidenten als selbstbewusste Bürger entgegen, die auf ihre demokratischen Rechte pochen.

Der Umbau der politischen Hierarchie kultureller Gruppen

Elf Jahre Regierung Erdoğan haben die überkommene Hierarchie sozialer Gruppen und kultureller Lebensstile im Land grundlegend verändert. Seit Beginn der Republik genoss eine autoritäre bürokratische Elite, die sich ethnisch-türkisch und streng säkularistisch verstand, zahlreiche politische und materielle Privilegien. Sie konnte ihren verwestlichten Lebensstil zur Norm erheben, den öffentlichen Raum nach ihren Interessen gestalten und konkurrierende Identitäten wie die von konservativen Muslimen, Aleviten, Kurden und nichtmuslimischen Minderheiten politisch marginalisieren. Erdoğan's AKP verhalf einer neuen muslimisch-konservativen Elite zum Durchbruch und verdrängte die alte von den Schaltstellen der Macht.

Doch anders als liberale Kräfte hofften, bewirkte der Wechsel der Elite nicht, dass politische Gleichheit für die Angehörigen unterschiedlicher kultureller Gruppen hergestellt wurde. Im Gegenteil, die AKP tendierte in den letzten Jahren dazu, ihre eigenen Normen für die Gesamtgesellschaft verpflichtend zu machen und den öffentlichen Raum ihren Werten entsprechend zu arrangieren. Stichworte sind die striktere Regelung des Alkoholkonsums, eine Bildungsreform, die islamischer Unterweisung größeren Raum gewährt, die konservative Neudefinition der Frauen- und Mutterrolle, die unablässige Betonung muslimischer Moralität in der Innenpolitik und islamischer Brüderlichkeit in der Außenpolitik sowie die Projektierung öffentlicher Bauvorhaben, die den osmanisch-muslimischen Charakter der türkischen Städte hervorheben. Beispiele für Istanbul sind eine neue, den Bosphorus überragende Großmoschee, die Benennung der im Bau befindlichen dritten Bosphorusbrücke nach dem osmanischen Sultan, der das Kalifat

nach Istanbul brachte, und eben die geplante Wiedererrichtung jener spätosmanischen Kaserne im zentralen Park von Istanbul, an der sich die Proteste entzündeten.

Damit einher geht die erneute Abwertung konkurrierender Identitäten und Lebensstile. Das bekommen jetzt erstmals auch die säkularen Mittelschichten zu spüren. Sie sehen sich plötzlich auf eine Stufe mit anderen kulturellen Gruppen gestellt, deren Rechte seit jeher zur Disposition stehen, wie die Aleviten und die Kurden. Die Erwartung des säkularen Bürgertums, dass sein westlicher Lebensstil und damit seine Identität nicht beeinträchtigt würden, wird von der Regierung ebenso zurückgewiesen wie die politischen Forderungen von Gewerkschaften, sozialistischen Gruppen, Umweltschützern und Menschenrechtlern.

Eine neue Protestbewegung, aber Reproduktion bekannter Konfliktlinien

Diese Konstellation erklärt die gegensätzlichen Bilder, die von den Demonstranten übermittelt worden sind: Auf der einen Seite finden sich gut ausgebildete und global vernetzte Jugendliche und andere Angehörige der säkularen Mittelschichten. Im zentralen Park in Istanbul treten sie nicht allein mit der konkreten Forderung auf, kommerziell nicht genutzten urbanen Raum zu erhalten. Vielmehr nehmen sie erstmals die offene Konfrontation mit der Staatsmacht in Kauf. Ihre Forderungen sind jenseits des bekannten islamisch-säkularistischen Grabenkriegs angesiedelt. Mehr noch als globale greifen sie europäische Diskussionen und Anliegen auf. Im Verlauf der Demonstrationen entwickelt diese Gruppe gewaltfreie Aktions- und Organisationsformen, die in der Türkei bisher unbekannt waren. Der brutale Polizeieinsatz gegen die Demonstranten hatte zur Folge, dass ihre Elterngeneration sich auch aufgrund der genannten Deklassierung in großem Stil solidarisierte. Die enorme Resonanz der Aktion ermuntert auf der

anderen Seite linke Militante, Gewerkschaften sowie kulturell marginalisierte, aber gut organisierte alevitische und kurdische Jugendliche aus weniger wohlhabenden Stadtvierteln, auf den Zug zu springen. Auf diese Weise nahmen die Demonstrationen innerhalb kürzester Zeit den Charakter eines Aufstandes gegen die Regierungspartei an. Damit reproduzieren sie den etablierten Konflikt zwischen eher säkularen und stärker muslimisch-konservativen Teilen der türkischen Gesellschaft.

Erdoğan's Reaktion

In seiner Reaktion auf die Proteste nimmt Erdoğan ausschließlich diesen letztgenannten Aspekt der Demonstrationen auf und bezeichnet sie als eine von der alten bürokratischen Elite geleitete und vom Ausland unterstützte Aktion. Wie in seinem früheren Kampf mit den Generälen setzt Erdoğan seine Anhänger und Wähler mit der türkischen Nation gleich, überhöht das Prinzip der Mehrheitsherrschaft zum einzigen Kriterium für Demokratie und tut alles, um dem politischen Gegner jegliche Legitimation abzusprenken, ihn zum innenpolitischen Feind und Agenten des Auslands zu stempeln. Anders als in der Auseinandersetzung mit dem Militär richtet sich diese Strategie heute jedoch gegen Forderungen und Positionen, die potentiell von der Hälfte der türkischen Bevölkerung geteilt werden.

Mit seiner Polarisierung ist es Erdoğan abermals gelungen, die Masse der muslimisch-konservativ und strikt türkisch-national denkenden Bürger hinter sich zu versammeln. Dies ist nicht nur für die 2014 anstehenden Kommunalwahlen relevant. Wichtiger noch ist, dass die neu gestärkte politische Geschlossenheit der türkisch-muslimischen Kernnation, die über die Frontstellung gegen die Demonstranten erreicht worden ist, ein Antidot gegen Absatzbewegungen unter AKP-Wählern bilden soll, mit denen die Partei aufgrund der Verhandlungen Erdoğan's mit der PKK rechnen muss. Negativ schlägt für den

Ministerpräsidenten freilich zu Buche, dass seine kompromisslose Politik gegenüber den Demonstranten die heterogenen Gruppen noch fester zusammenschweißt, die bislang eher gegen- als miteinander Politik gemacht hatten.

Die Zukunft der Protestbewegung

Die seit der Räumung des Parks am 16. Juni in dezentraler Form andauernden Proteste werden von drei Dynamiken getrieben. Da ist zum einen das ursprüngliche Anliegen der Demonstrationen, nämlich die Forderung nach Bürgerbeteiligung als Mittel zur Bekämpfung von Korruption, von Rentenökonomie im Immobiliensektor und von sozial unverträglicher Gentrifizierung ganzer Stadtteile. Dieser Strang des Protestes breitet sich seit der Räumung über ganz Istanbul aus. Eine zweite Dynamik besteht in der seit Ende Juni verstärkt einsetzenden Kriminalisierung der Demonstranten. Strafverfahren nach den Antiterrorgesetzen lösen weitere Wellen der Solidarisierung aus. So wurde Ende Juni eine Selbstanzeige-Kampagne initiiert. Ein ähnliches Potential haben Ankündigungen der Regierung, die sozialen Medien stärker zu überwachen, und die laschen Ermittlungen gegen Polizisten, die ihre Kompetenzen überschritten haben. Die politische Wirkung der Massenaufläufe selbst bildet den dritten Treiber: Es sind die Erfahrungen, handlungs- und bündnisfähig zu sein, gesellschaftliche Solidarität und Legitimation generieren sowie internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung erringen zu können. Zu beobachten ist eine neue Sensibilität für die Rechte Anderer, die bisher nicht im Blickfeld der jeweiligen Gruppen lagen. Dies gilt besonders für säkulare Türken und Kurden, aber auch für sunnitische Kurden und Aleviten. Allen diesen Dynamiken gemeinsam ist, dass gleiche Rechte und Rechtsstaatlichkeit betont und eine neue politische Kultur gefordert werden.

Gewinner und Verlierer: die Kurden und die AKP

Großer Gewinner der jüngsten Entwicklungen ist bislang die kurdische Nationalbewegung, angeführt von der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Um die Regierung, die ja mit PKK-Führer Abdullah Öcalan verhandelt, nicht in die Enge zu treiben, hat die BDP darauf verzichtet, für Massendemonstrationen zu mobilisieren. Gleichzeitig hat sie die Proteste in Istanbul unterstützt, ohne sich in den Vordergrund zu spielen. Sie hat sich damit sowohl gegenüber der Regierung als auch den Demonstranten als rational handelnder und verlässlicher Partner erwiesen und öffentliches Ansehen gewonnen. Sollte die kurdische Bewegung an ihrer neuen Strategie des Gewaltverzichts festhalten, sind Stimmenzuwächse für die BDP bereits für die Kommunalwahlen 2014 zu erwarten.

Erdoğan hingegen hat den Zenit seiner Macht überschritten. In den mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebieten hat er schon seit geraumer Zeit gründlich an Attraktivität verloren, desgleichen in der liberalen türkischen Öffentlichkeit. In den letzten Wochen regte sich auch in der konservativen Elite Unmut über die Politik des Ministerpräsidenten. Erdoğan's Karriere war getragen vom Aufstieg wirtschaftlich rational handelnder, sich international öffnender und immer weniger dogmatisch denkender religiös-konservativer Schichten. Sie haben durch Erdoğan's Wende zu einer autoritären Politik im Inneren und einer konfrontativen Politik nach außen nichts zu gewinnen. Im Laufe der Unruhen äußerte der muslimische Unternehmerverband MÜSİAD, der die AKP bisher vorbehaltlos unterstützt hatte, erstmals unverblümt Kritik an Erdoğan's Führungsstil. Außerdem trat – ebenfalls zum ersten Mal – die verdeckte Rivalität zwischen Erdoğan und Staatspräsident Abdullah Gül offen zutage. Die einflussreiche Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen steht Gül näher als Erdoğan, und hinter den Kulissen in Ankara heißt es, die Bewegung wolle

womöglich eine eigene Partei gründen. Dies wurde zunächst auf Eis gelegt, doch Gülen's Medien sparten nicht mit Kritik an Erdoğan. Sollte dieser auch noch den Friedensprozess mit der PKK verspielen, auf den sich große gesellschaftliche Hoffnungen und ebenso große wirtschaftliche Erwartungen richten, wird sich die Zahl seiner bedingungslosen Anhänger rasch verringern. Zwar rechnet niemand damit, dass sich vor den Kommunalwahlen in der AKP etwas bewegt. Doch ein deutlich schlechteres Ergebnis als bei den Parlamentswahlen 2011 kann der wachsenden Unzufriedenheit in den konservativen Eliten schnell konkreten politischen Ausdruck geben.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364